

ZURÜCKWEISUNGEN AN DEN STAATSGRENZEN

- DISSENS IM KOALITIONSVERTRAG -

Im Koalitionsvertrag ist unter Ziffer 3.3. zur *Zurückweisung von Migranten an den Grenzen* vermerkt: "Wir werden IN ABSTIMMUNG MIT UNSEREN EUROPÄISCHEN NACHBARN Zurückweisungen an den gemeinsamen Grenzen auch bei Asylgesuchen vornehmen."

Im Interview mit Karen Miosga am 13.4. antwortete der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz, der trotz anfänglichem Glaubwürdigkeitsproblem ein guter Kanzler werden kann, auf die Frage, was er unter *Abstimmung* verstehe zweifach: „Abstimmung heißt Abstimmung“. Dass die Wiederholung des in Frage stehenden Begriffs keine Interpretationsklarheit schafft, dürfte eindeutig sein. Bemühen wir also die deutsche Sprache: der Begriff *Abstimmung* kann prozesshaft im Sinne des *mit anderen Redens* verstanden werden oder ergebnisbezogen mit den Optionen Anhören, Mitwirken oder Mitbestimmen, d.h. Zustimmung. Da Merz keine eindeutige Antwort gibt, den Prozess beschreibt und nicht die Frage der Zustimmung, steht fest, dass der insoweit bestehende Dissens zwischen den Koalitionären ungelöst und unausgesprochen bleiben soll. Bisherige Wortbeiträge bestätigen dies:

1. Jens Spahn (CDU): "Wir machen uns nicht abhängig von der Zustimmung der anderen Länder" (SPIEGEL 10.3.).
2. Um EU- Recht zu entsprechen, vertritt die SPD die Position, dass *Abstimmen* die Zustimmung des anderen Staats bedeutet.
3. Thorsten Frei, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 10.4. gegenüber Phoenix: „Ein neuer Bundeskanzler Friedrich Merz wird natürlich nicht gegen den massiven Widerstand der Nachbarn eine Maßnahme durchsetzen... „*In Abstimmung* heißt nicht *Zustimmung*, sondern dass die Entscheidung in Deutschland getroffen wird“.

Die Formulierung „in Abstimmung“ war bereits in den Sondierungsgesprächen von Union und SPD geprägt worden. Durch den nunmehr offensichtlich in Kauf genommenen und verheimlichten Dissens ist in der neuen Koalition Streit vorprogrammiert, auch wenn die CSU-Mitgliedschaft des voraussichtlich neuen Innenministers Dobrindt eine bestimmte Verhaltenspraxis an den Grenzen verspricht.